

<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/kein-witz-berliner-professor-fordert-100-euro-fuer-den-liter-benzin-84871980.bild.html>

31.7.2023

Berlin – Das meint er tatsächlich ernst: Ein Berliner Uni-Professor fordert, den Benzin-Preis auf mindestens 100 Euro pro Liter zu erhöhen! Das sei gut für das Klima, so der Wissenschaftler.

Gregor Bachmann (57) ist seit 2016 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht an der Humboldt-Universität und Direktor des Notarinstituts. Privat beschäftigt er sich mit dem Thema Umweltschutz.

Auf Twitter teilte der Jurist eine Meldung zu teuren Spritpreisen, stellte eine extreme Forderung auf: „Erst wenn der Liter 100 Euro oder mehr kostet, werden unsere lieben Mitbürger*innen anfangen, langsam darüber nachzudenken, ob es auch mal ohne Auto geht.“

Wären solch hohen Spritpreise nicht komplett unsozial?

„Wenn man den [Klimaschutz](#) durch Bepreisung von CO2 erreichen will, führt das notgedrungen dazu, dass vieles teurer und damit für ärmere Menschen nicht mehr erschwinglich wird. Das ist (leider) der Preis, den man für den Klimaschutz zahlen muss“, so Bachmann zu BILD. Er betont: „Wir haben uns einen Wohlstand für alle angewöhnt, der nur deshalb für alle finanzierbar ist, weil er auf Kosten des Planeten und damit Dritter geht.“

Der Uni-Professor behauptet: „Ich würde mal grob geschätzt behaupten, dass die meisten, die erklären, auf ihr [Auto](#) angewiesen zu sein, es in Wahrheit gar nicht sind. Sondern nur der Bequemlichkeit halber fahren. Bus und Bahnen gibt es auch in Hellersdorf und auf dem Land. Die fahren dort natürlich nicht alle 5 Minuten, aber das ist halt der Preis, wenn man sich ein Haus auf dem Land leisten will.“

Wie hält es Bachmann selbst? „Mein Weg zur Arbeit sind 14 Kilometer. Die fahre ich mit dem Fahrrad.“

Professoren wie Bachmann verdienen an der Humboldt-Uni pro Monat 7360,85 Euro brutto (Besoldungsgruppe W3), Institutsdirektoren bekommen zusätzlich einen „Funktionsleistungsbezug“ von monatlich 250 Euro. Zudem sind sie meist Beamte auf Lebenszeit.

https://www.focus.de/finanzen/news/jeden-monat-743-euro-vom-staat-staat-bezahlt-hunderttausenden-arbeitsfaehigen-fluechtlingen-buergergeld_id_200648248.html 3.8.2023

Staat zahlt Hunderttausenden arbeitsfähigen Flüchtlingen Bürgergeld

In Deutschland fehlen viele Arbeitskräfte, andererseits beziehen 587.000 erwerbsfähige Flüchtlinge etwa aus Syrien, Afghanistan und Irak Bürgergeld. Gesamtkosten pro Monat: rund 436 Millionen Euro. Die CDU fordert jetzt eine Arbeitspflicht für diese Menschen.

Wer sich die Mühe macht, die zahlreichen Tabellen im jüngst erschienenen „Migrationsmonitor“ der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu durchforsten, stößt auf interessante Fakten.

Etwa auf die Zahl der erwerbsfähigen Menschen aus „Asylherkunftsländern“ wie Syrien und Afghanistan, die Bürgergeld beziehen (Regelsatz 502 Euro), früher Hartz IV genannt.

Die Hauptherkunftsländer sind Syrien (321.000), Afghanistan (112.000), Irak (77.500) und [Iran](#) (25.900). Weitere Länder, die in dieser Statistik erfasst werden: [Eritrea](#), Nigeria, Pakistan und Somalia.

Laut dem „Migrationsmonitor“ der BA haben 87 Prozent der arbeitslosen Menschen aus den Asylherkunftsländern keinen Berufsabschluss. Gerade mal 4,3 Prozent absolvierten eine schulische oder betriebliche Ausbildung. Und lediglich 7,3 Prozent verfügen über einen akademischen Abschluss.

Dass Hunderttausende erwerbsfähige Zuwanderer Bürgergeld erhalten, ohne vom Staat in die Pflicht genommen zu werden, halten führende Politiker [der CDU](#) für nicht länger hinnehmbar. Sie fordern eine Arbeitspflicht für anerkannte Flüchtlinge.

<https://test.rtde.tech/meinung/176827-wohnungslosigkeit-schritt-fuer-schritt-in/> 2.8.2023

Wohnungslosigkeit: Schritt für Schritt in die Katastrophe

Bald 400.000 Menschen leben in Deutschland in Notunterkünften; da sind die Bewohner von Flüchtlingsunterkünften nicht mitgezählt; wie auch eine Reihe weiterer Gruppen. Aber das ist kein Grund zum Handeln. Die USA leben ja auch gut mit ihren Zeltstädten.

Von Dagmar Henn

Der Spiegel macht es wieder mal besonders direkt, schon im Teaser. Gleich nach der Meldung, dass inzwischen 372.000 Menschen in Deutschland in Notunterkünften für Wohnungslose hausen, kommt die "Entschärfung": "Das liegt laut Statistischem Bundesamt an einer verbesserten Datenmeldung und vielen Geflüchteten aus der Ukraine." Wollen wir wetten, welche Hälfte dieses Satzes eher hängen bleibt? Die "verbesserte Datenmeldung".

Dabei ist es im Grunde ganz simpel.

Wenn mehr Menschen da sind, aber nicht mehr Wohnungen, dann müssten entweder jeweils mehr Menschen in die vorhandenen Wohnungen, oder es bleiben welche unbehaust.

Nachdem in Deutschland der Wohnraum ungefähr so ungleich verteilt ist wie die Einkommen, von den durchschnittlich 47,7 Quadratmetern oder 2,3 Räumen pro Nase beim ärmeren Teil der Bevölkerung nicht allzu viel ankommt und gerade in den Großstädten nach wie vor viele in überbelegten Wohnungen leben – das sind Wohnungen, in denen es weniger Zimmer als Bewohner gibt oder die Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus (25 qm für die erste Person und 15 für jede weitere) unterschritten werden.

Aber hier geht es ja um die Menschen, die keine Wohnung haben. Dabei muss man erst einmal hinzufügen: In dieser Zahl von 372.000 sind keine Flüchtlinge in Flüchtlingsheimen.

Sobald diese anerkannt sind und prinzipiell die Unterkunft verlassen können, müssen sie sie nämlich auch verlassen. Allerdings haben sie gegenüber den Einheimischen einen Vorteil: die Kommunen sind rechtlich verpflichtet, sie unterzubringen.

Das gilt für die deutschen Staatsbürger nicht, weil diese ja theoretisch an einen anderen Ort gehen könnten, wo es eventuell eine Wohnung gibt. Auch wenn die Gegenden, in denen man in Deutschland problemlos eine Wohnung findet, in der Regel von Arbeitsmöglichkeiten weit entfernt sind.

Diese fast 400.000 Menschen, die das statistische Bundesamt zählt, sind nur jene, die in die offiziellen Notunterkünfte aufgenommen wurden. Auch die sind vielerorts überfüllt, und einen Ausweg aus diesem System in eine reguläre Wohnung gibt es nur in Ausnahmefällen.

Wir reden hier von Lebensverhältnissen, die über Jahre hinweg anhalten können, und das, was das Bild zeigt, das den Spiegel-Artikel illustriert, ist noch eine günstige Variante. Es gibt auch Containeranlagen, die seit zehn Jahren betrieben werden.